

Die Mehrheit der SPK beantragt Ihnen mit ihrem Beschluss von heute Morgen, die maximale Haftdauer auf 18 Monate zu beschränken und damit dem Ständerat zu folgen.

Hiltbold Hugues (RL, GE), pour la commission: La Commission des institutions politiques a approuvé dans sa séance de ce matin, par 13 voix contre 10 et 3 abstentions, l'article 79 de la loi fédérale sur les étrangers, tel que l'avait adopté le Conseil des Etats hier, à savoir avec une durée maximale de détention possible réduite de 24 à 18 mois.

La majorité de la commission a estimé que la Suisse devait respecter son engagement à reprendre le développement de l'accès de Schengen et qu'il était à ce titre déraisonnable de mettre en péril cet engagement par une modification somme toute assez mineure, dans la mesure où la détention en vue du renvoi ou de l'expulsion dure très rarement plus de 18 mois.

La minorité de la commission, comme l'a rappelé Monsieur Fehr Hans, a jugé qu'il ne fallait pas modifier le droit en vigueur et donc ne pas réduire de 24 à 18 mois la durée maximale de la détention possible, rappelant que le droit suisse devait être respecté et qu'il n'y avait, dès lors, pas nécessité de modifier une disposition qui avait été adoptée en votation populaire et qui est entrée en vigueur en 2007 seulement.

Je vous invite, au nom de la commission, à adopter l'article 79 tel qu'il ressort des travaux du Conseil des Etats, mais également des travaux de notre commission de ce matin.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 09.087/4102)

Für den Antrag der Mehrheit ... 106 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 61 Stimmen

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Präsidentin (Bruderer Wyss Pascale, Présidentin): Es braucht hier keine Gesamtabstimmung. Damit ist das Geschäft erledigt.

08.034

Internationaler Strafgerichtshof. Umsetzung des Römer Statuts

Cour pénale internationale. Mise en oeuvre du Statut de Rome

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 23.04.08 (BBI 2008 3863)
Message du Conseil fédéral 23.04.08 (FF 2008 3461)

Nationalrat/Conseil national 04.03.09 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 18.03.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 08.06.10 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 09.06.10 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 10.06.10 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.10 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 18.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 18.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBI 2010 4277)

Texte de l'acte législatif (FF 2010 3889)

10.033

Kantonsverfassungen (GL, ZG, FR, SG, GR, GE). Gewährleistung

Constitutions cantonales (GL, ZG, FR, SG, GR, GE). Garantie

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 05.03.10 (BBI 2010 2153)

Message du Conseil fédéral 05.03.10 (FF 2010 1955)

Bericht SPK-NR 16.04.10

Rapport CIP-CN 16.04.10

Ständerat/Conseil des Etats 01.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 08.06.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Text des Erlasses (BBI 2010 4365)

Texte de l'acte législatif (FF 2010 3977)

Bundesgesetz über die Änderung von Bundesgesetzen zur Umsetzung des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs

Loi fédérale portant modification de lois fédérales en vue de la mise en oeuvre du Statut de Rome de la Cour pénale internationale

Ziff. 1 Art. 101 Abs. 3

Antrag der Kommission

Festhalten

Ch. 1 art. 101 al. 3

Proposition de la commission

Maintenir

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 259 Abs. 1bis

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Vischer, Daguet, Jositsch, Sommaruga Carlo, Thanei, Wyss Brigit)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 259 al. 1bis

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Vischer, Daguet, Jositsch, Sommaruga Carlo, Thanei, Wyss Brigit)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Vischer Daniel (G, ZH): Es geht hier um eine Ergänzung von Artikel 259 StGB. Es geht darin um die öffentliche Aufforderung zu Verbrechen oder zu Gewalttätigkeit. Der Bundesrat hat in Absatz 1bis einen Passus vorgeschlagen,

Präsidentin (Bruderer Wyss Pascale, Présidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Staatspolitischen Kommission erhalten.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Gewährleistung geänderter Kantonsverfassungen

Arrêté fédéral accordant la garantie fédérale à des constitutions cantonales révisées

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



der besagt: «Die öffentliche Aufforderung zum Völkermord (Art. 264)» – jetzt kommt die entscheidende Passage – «der ganz oder teilweise in der Schweiz begangen werden soll, ist auch strafbar, wenn die Aufforderung im Ausland erfolgt.» Der Ständerat hat nun die Einschränkung «der ganz oder teilweise in der Schweiz begangen werden soll» aufgehoben. Die Mehrheit Ihrer Kommission will am Entwurf des Bundesrates festhalten, dem der Nationalrat in der ersten Debatte gefolgt ist. Die Minderheit will dem Ständerat folgen. Warum?

Der Bundesrat bzw. die Mehrheit will bezüglich der Aufforderung zu Gewalttätigkeit eine gewisse Konnexität der Aufforderung und der Tat zur Schweiz als Voraussetzung der Strafbarkeit in der Schweiz herstellen. Die Minderheit geht davon aus, es brauche diese Konnexität nicht. Sie argumentiert: Es liegt eben gerade in der Gesamtanlage und der Grundintention des Römer Statuts, dass das Ubiquitätsprinzip eingeführt wird und dass auch hier verfolgt werden kann, wer anderswo zum Völkermord aufruft. Das heisst, wer zum Völkermord aufruft, findet – folgt man dieser Logik – gewissmassen nirgendwo auf der Welt mehr Schutz. Es soll also nicht so sein, dass nur jemand, der mit der Schweiz in Beziehung steht und zu einem Völkermord aufruft, welcher ganz oder teilweise in der Schweiz begangen werden soll, hier eine strafbare Handlung begeht und hier bestraft werden kann.

An sich geht die Minderheit davon aus, dass Sie die Grundintention des Römer Statuts einengen, wenn Sie der Mehrheit folgen, und eine einengende schweizerische Praxis einführen. Ich muss Ihnen da abraten. Es steht der Schweiz gut an, dass sie hier strikt vorgeht, dass sie das Ubiquitätsprinzip in dem Sinn, wie ich es gesagt habe, anwendet, auch schon beim Tatbestand der Aufforderung zum Völkermord. Denn bereits die Aufforderung ist als schweres Verbrechen anzusehen. Auch nach der Logik des StGB, wo ja dieser Tatbestand in den Achtzigerjahren neu eingeführt worden ist, wird gesagt, dass bei bestimmten schweren Verbrechen nicht nur ein Versuch strafbar ist, sondern schon die Aufforderung zu einer strafbaren Handlung. Deswegen ist es sinnvoll, dass beim Völkermord, diesem fast schlimmsten Verbrechen, die Aufforderung gleich behandelt wird wie die Begehung und überall verfolgt werden kann, also auch in der Schweiz, auch wenn er anderswo geschieht.

Ich ersuche Sie, der Minderheit zu folgen.

Präsidentin (Bruderer Wyss Pascale, Präsidentin): Die CVP/EVP/glp-Fraktion und die BDP-Fraktion unterstützen den Antrag der Mehrheit.

Schwander Pirmin (V, SZ): Ich bitte Sie namens der SVP, der Mehrheit und damit dem Bundesrat zu folgen. Die SVP will bei der Strafverfolgung auch bei Vortaten einen Bezug zu Tatort, Täter oder Opfer. Der Bundesrat schlägt hier das Territorialitätsprinzip vor. Dieses ist bei der Straftat der «öffentlichen Aufforderung zum Völkermord» unseres Erachtens zweckmäßig und folgerichtig. Die Schweiz ist durch das Römer Statut nicht gezwungen, das Universalitätsprinzip generell einzuführen. Bei Auslandtaten ohne Inlandbezug werden die Staaten denn auch völkerrechtlich gehalten, die Strafhoheit anderer Staaten zu respektieren. Für die SVP ist deshalb der Inlandbezug Voraussetzung für eine Strafverfolgung. Ich bitte Sie deshalb, dem Bundesrat zu folgen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Der Entwurf sieht vor, dass die reine Aufforderung zum Völkermord dann strafbar ist, wenn sie in der Schweiz erfolgt, oder, im Hinblick auf einen Völkermord, der zumindest teilweise in der Schweiz begangen werden soll, wenn die Aufforderung im Ausland erfolgt. Der Ständerat schlägt nun vor, jede Aufforderung im Ausland zu Genozid für strafbar zu erklären, ohne dass ein Bezug zur Schweiz vorliegen muss. Wir beantragen Ihnen, der Mehrheit und damit auch dem Bundesrat zu folgen und von einer solchen universalen Zuständigkeit des Schweizer

Strafrichters bei der Verfolgung der Aufforderung zum Völkermord abzusehen.

Es geht nicht darum, solche Taten zu bagatellisieren. Es handelt sich jedoch um ein rein verbales Delikt, welchem keine Haupttat zu folgen braucht und welches keine Anstiftung ist. Die Bestrafung der im Ausland begangenen Aufforderung wird durch das Römer Statut, das wir hier ja umsetzen, nicht gefordert; dies wurde zu Recht erwähnt. Der Tatbestand der Aufforderung gehört in diesem Sinne nicht zum Kerntatbestand des Statuts.

Die Bedeutsamkeit und der Nutzen einer solchen universalen Zuständigkeit sind nicht klar. Unsere Behörden könnten regelmässig mit aufwendigen, aber wenig erfolgversprechenden Verfahren konfrontiert werden, wenn weder der Staat, in dem die Aufforderung erfolgte, noch der betroffene Staat ein Interesse oder die Möglichkeit zu einer solchen Strafverfolgung haben. Es würde aber die Gefahr geschaffen, dass die universelle Gerichtsbarkeit der Schweiz im Bereich der Aufforderung zu einer Straftat im Einzelfall als Einführung in die Souveränität eines anderen Staates betrachtet wird.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Ein ausländischer Deputierter macht in seinem Parlament eine Aussage, welche als Aufforderung zu Hass gegen eine Bevölkerungsgruppe oder auch zu Völkermord verstanden werden könnte. Es besteht kein Bezug zur Schweiz. Zu einem späteren Zeitpunkt hält sich der Betreffende dann in unserem Land auf. Im Falle der universalen Zuständigkeit der Schweizer Behörde wären die Schweizer Behörden bei Kenntnis des Vorwurfs verpflichtet, die Strafverfolgung gegen den Betreffenden von Amtes wegen einzuleiten und diesen bei Fluchtgefahr in Haft zu nehmen.

Vom ausländischen Staat können hier keine Immunitäten geltend gemacht werden. Abgesehen von enormen Schwierigkeiten in der Beweisführung werden staatspolitische und auch diplomatische Probleme geschaffen, welche in einem absoluten Missverhältnis zu einem Strafverfahren mit einem fragwürdigen Ausgang stehen.

Ich möchte Sie daher bitten, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Nidegger Yves (V, GE), pour la commission: L'année passée, à la session de printemps, nous avons adopté le Statut de Rome qui instaure une Cour pénale internationale, ce qui implique pour la Suisse d'enrichir son Code pénal d'un certain nombre de dispositions spécifiques nécessaires à cette mise en oeuvre.

Ici, nous allons essentiellement traiter de deux dispositions qui ne parlent pas de la punissabilité des crimes de guerre ou des crimes contre l'humanité en eux-mêmes – qui sont évidemment punissables sans restriction –, mais d'actes qui se situent en amont de ces crimes. Evoquons ici, en premier lieu, l'acte qui consiste à proférer publiquement une incitation à l'exécution d'un génocide.

Le Conseil des Etats, qui a la même opinion générale que nous sur cette question, a créé néanmoins une divergence avec notre conseil. Cette divergence réside dans le fait que l'appel à commettre un génocide doit bien sûr être punissable en Suisse lorsqu'il est commis sur sol suisse, mais qu'il doit aussi l'être lorsqu'il a été commis à l'étranger et qu'il existe un certain lien avec la Suisse qui justifie l'action pénale en Suisse. Le Conseil fédéral situe ce lien dans le fait qu'au moins une partie du génocide en question devrait être commis sur sol suisse. Le Conseil des Etats a voulu écarter cette restriction et faire en sorte que la Suisse doive poursuivre les appels au génocide, où qu'ils aient été prononcés dans le monde et même s'il n'y a pas de lien avec le territoire suisse, à l'exception bien sûr du prévenu qui se trouve sur notre territoire pour y être jugé.

La Commission des affaires juridiques de notre conseil campe sur sa position et, par 18 voix contre 7, vous invite à continuer de soutenir le point de vue du Conseil fédéral, c'est-à-dire à rejeter la décision du Conseil des Etats.



Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Es geht bei dieser Differenz darum, wann eine öffentliche Aufforderung zum Völkermord strafbar sein soll. Es geht also nicht um das Delikt des Völkermordes, sondern um die öffentliche Aufforderung dazu. Die Mehrheit ist der Meinung, man solle es auf diejenigen Fälle beschränken, in denen zu einem Völkermord aufgerufen wird, der ganz oder teilweise in der Schweiz stattfinden soll. Die öffentliche Aufforderung solle nicht strafbar sein, wenn es sich um Taten handelt, die im Ausland verübt werden sollen. Die Überlegung der Mehrheit ist erstens, dass die Strafverfolgung aus praktischen Gründen schwierig ist, wenn es sich um Taten handelt, die im Ausland stattfinden sollen. Es ist immer die Frage, wie weit das Schweizerische Strafgesetzbuch sich auf Handlungen beziehen soll, die im Ausland stattfinden sollen. Aus Praktikabilitätsgründen sollte darauf verzichtet werden. Zweitens hegt die Mehrheit die Befürchtung, dass es allenfalls als Einmischung in die Souveränität ausländischer Staaten interpretiert werden könnte. Deshalb empfiehlt Ihnen die Mehrheit der Kommission, an der Version des Bundesrates festzuhalten und nicht auf die Version des Ständerates einzuschwenken.

*Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 08.034/4103)*

Für den Antrag der Mehrheit ... 98 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 48 Stimmen

Ziff. 1 Art. 260bis Abs. 1 Bst. i, j
Antrag der Mehrheit
Festhalten

Antrag der Minderheit

(Thanei, Daguet, Jositsch, Leutenegger Oberholzer, Schmidt-Federer, Sommaruga Carlo, Vischer, Wyss Brigit)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 260bis al. 1 let. i, j
Proposition de la majorité
Maintenir

Proposition de la minorité

(Thanei, Daguet, Jositsch, Leutenegger Oberholzer, Schmidt-Federer, Sommaruga Carlo, Vischer, Wyss Brigit)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Thanei Anita (S, ZH): Vorbereitungshandlungen zu Straftaten sind im Allgemeinen nicht strafbar, sondern nur Handlungen, die als Versuch qualifiziert werden. Es entspricht jedoch unserer Strafgesetzesystematik und auch klar unserem Unrechtsbewusstsein, dass bei den schwersten Delikten auch Vorbereitungshandlungen unter Strafe gestellt werden sollen.

In den beiden Räten ist unbestritten, dass Vorbereitungshandlungen zu Kapitalverbrechen gegen Leib und Leben unter Strafe gestellt werden sollen. Eine Differenz besteht mit Bezug auf die beiden Tatbestände der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Kriegsverbrechen. Bundesrat und Mehrheit schlagen Ihnen vor, dass nur Vorbereitungshandlungen für die schwersten Fälle dieser beiden Delikte unter Strafe gestellt werden sollen.

Ich beantrage Ihnen, dem Ständerat zu folgen, wonach sämtliche Vorbereitungshandlungen zu diesen beiden Delikten unter Strafe gestellt werden sollen. Weshalb? Die Minderheit ist der Ansicht, dass die notwendige Differenzierung zwischen schweren und weniger schweren Taten bei Vorbereitungshandlungen praktisch unmöglich ist. Wer technische oder organisatorische Vorkehrungen trifft, um beispielsweise einen Dorfteil in die Luft zu sprengen, kann nachher leicht sagen: Wir hätten gewartet, bis die Häuser leer sind. Richtig beurteilen, ob eine schwere oder weniger schwere Tat zur Diskussion steht, kann man leider erst, wenn sie vollbracht wurde.

Aus diesem Grund wollen wir sämtliche Vorbereitungshandlungen zu diesen beiden Delikten unter Strafe stellen, da

Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen im Keim erstickt und strafrechtlich verfolgt werden sollten. Ich bitte Sie, der Minderheit zu folgen.

Präsidentin (Bruderer Wyss Pascale, Präsidentin): Ich kann Ihnen ausrichten, dass die FDP-Liberale Fraktion, die CVP/EVP/glp-Fraktion, die BDP-Fraktion und die SVP-Fraktion den Antrag der Mehrheit unterstützen.
Die Frau Bundesrätin verzichtet auf ein Votum.

Nidegger Yves (V, GE), pour la commission: Ici aussi, il s'agit d'actions qui se situent en amont des crimes principaux qu'il faut réprimer, mais cette fois-ci sous la forme d'actes préparatoires, c'est-à-dire des dispositions concrètes d'ordre technique que l'on peut prendre en vue de commettre des crimes contre l'humanité ou des crimes de guerre, la question étant de savoir s'ils sont punissables en Suisse également. Ils le sont, mais le Conseil fédéral renvoie au catalogue des peines prévues à l'article 264c alinéas 1 et 3 qui fait une distinction entre les actes qui sont graves et ceux qui sont moins graves.

Il apparaît qu'il serait curieux de punir de la même façon la préparation d'actes graves ou moins graves, alors qu'ils sont punis de façon différenciée lorsqu'ils sont véritablement commis.

Contrairement au Conseil des Etats, qui souhaite élargir et punir l'ensemble, votre commission suit le Conseil fédéral par 16 voix contre 8. Elle vous invite donc à soutenir la version du Conseil fédéral contre celle du Conseil des Etats et à rejeter la proposition de la minorité Thanei.

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Es geht bei dieser Differenz um die Frage, wieweit Vorbereitungshandlungen strafbar sein sollen. Es geht konkret um die Delikte Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass es sich bei der Bestrafung von Vorbereitungshandlungen um eine delikate Frage handelt. Das ist deshalb richtig, weil es bei Vorbereitungshandlungen ja darum geht, dass jemand bestraft wird für die Vorbereitung eines Delikts, das naturgemäß noch nicht einmal in der Versuchphase ist. Es geht also einzig und allein darum, dass man jemanden bestraft, der in einer Vorphase im Hinblick auf ein Delikt tätig ist. Das macht das Strafgesetzbuch in sehr eingeschränktem Masse, und deshalb stellt sich die Frage, wo hier die Grenze zu ziehen ist. Es ist eine Wertungsfrage, man kann hier unterschiedlicher Ansicht sein. Die Mehrheit ist der Meinung, man müsse es auf schwere Fälle dieser beiden Delikte reduzieren, wohingegen die Minderheit es ausdehnen möchte. Die Mehrheit ist der Meinung, es müsse in einem reduzierten Umfang der Fall sein, weil es sich bei der Strafbarkeit von Vorbereitungshandlungen um eine delikate Frage handelt.

*Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 08.034/4104)*

Für den Antrag der Mehrheit ... 102 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 43 Stimmen

Ziff. 1 Art. 264
Antrag der Mehrheit
Festhalten

Antrag der Minderheit

(Sommaruga Carlo, Daguet, Jositsch, Leutenegger Oberholzer, Thanei, Vischer, Wyss Brigit)
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 264
Proposition de la majorité
Maintenir

Proposition de la minorité
(Sommaruga Carlo, Daguet, Jositsch, Leutenegger Oberholzer, Thanei, Vischer, Wyss Brigit)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats



Präsidentin (Bruderer Wyss Pascale, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit Sommaruga Carlo ist zurückgezogen worden.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Ziff. 1 Art. 264a

Antrag der Kommission

Abs. 1 Einleitung

Festhalten

Abs. 1 Bst. b, d, e, g, i

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Festhalten

Ch. 1 art. 264a

Proposition de la commission

Al. 1 introduction

Maintenir

Al. 1 let. b, d, e, g, i

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

Maintenir

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 264d Abs. 1 Bst. a; 264e Titel, Abs. 1; 264f; 264g Abs. 1 Bst. c, h

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 264d al. 1 let. a; 264e titre, al. 1; 264f; 264g al. 1 let. c, h

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 2 Art. 59 Abs. 3

Antrag der Kommission

Festhalten

Ziff. 2 art. 59 al. 3

Proposition de la commission

Maintenir

Angenommen – Adopté

Ziff. 2 Art. 108

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Sommaruga Carlo, Daguet, Jositsch, Leutenegger Oberholzer, Thanei, Vischer, Wyss Brigit)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 2 art. 108

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Sommaruga Carlo, Daguet, Jositsch, Leutenegger Oberholzer, Thanei, Vischer, Wyss Brigit)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Bruderer Wyss Pascale, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit ist zurückgezogen worden.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Ziff. 2 Art. 109

Antrag der Kommission

Abs. 1 Einleitung

Festhalten

Abs. 1 Bst. b, d, e, g, i

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Festhalten

Ch. 2 art. 109

Proposition de la commission

Al. 1 introduction

Maintenir

Al. 1 let. b, d, e, g, i

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

Maintenir

Angenommen – Adopté

Ziff. 2 Art. 112 Abs. 1 Bst. a; 112a Titel, Abs. 1; 112b Abs. 1–3; 112c Abs. 1 Bst. c, h

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 2 art. 112 al. 1 let. a; 112a titre, al. 1; 112b al. 1–3; 112c al. 1 let. c, h

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 2 Art. 171a Abs. 1bis

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Vischer, Daguet, Jositsch, Sommaruga Carlo, Thanei, Wyss Brigit)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 2 art. 171a al. 1bis

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Vischer, Daguet, Jositsch, Sommaruga Carlo, Thanei, Wyss Brigit)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 2 Art. 171b Abs. 1 Bst. b, c

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Thanei, Daguet, Jositsch, Leutenegger Oberholzer, Schmid-Federer, Sommaruga Carlo, Vischer, Wyss Brigit)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 2 art. 171b al. 1 let. b, c

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Thanei, Daguet, Jositsch, Leutenegger Oberholzer, Schmid-Federer, Sommaruga Carlo, Vischer, Wyss Brigit)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

